

Solidaritäts-Scherben

WILFRIED LEHMLER

Es ist ja in die Mode gekommen, schlechte Nachrichten mit schönen Worten zu belegen. Steuerreform (seit 1990 sind die Steuereinnahmen um 90 Milliarden netto gestiegen nach FR v. 23.9.97), Gesundheitsreform, Rentenreform und nun der „Solidarpakt“. „Globalhaushalt“ wird das nächste schöne Wort sein, bei dem weniger nicht mehr werden kann.

Bei dem Verfahren, wie die Stellenstreichungen im Solidarpakt ermittelt wurden, ist nach meiner Meinung teilweise die Solidarität auf der Strecke geblieben. Zur Solidarität gehört eine offene Information - nicht nur darüber, was durchgesetzt werden soll, sondern auch darüber, warum. Dies kann man an einem schönen Beispiel ablesen: In dem ersten Hearing über den Solidarpakt hatte der Bibliotheksdirektor bemängelt, daß die Kriterien und

Gründe, warum die Bibliothek weit über Gebühr belastet werden soll, nicht offengelegt werden. Von einem Prorektor wurde das so mißverstanden, daß es doch ausreichend Gespräche gegeben habe, in denen über die Sparvorstellungen des Rektors / Rektorats bzw. der entsprechenden Kommission informiert worden sei. Das sind natürlich zwei unterschiedliche Stiefel.

Zur Solidarität gehört aber auch, daß man sich zwischen den Gruppen mit ihren notwendigerweise unterschiedlichen Interessen offen austauscht. Aber was ist von einem Statement zu halten, das sinngemäß lautet, natürlich habe man mehr „palavern“ können, am Ergebnis hätte dies aber nichts ändern können. (Palaver nach Duden = endloses Gerede und Verhandeln; ursprünglich = Ratsversammlung afrikanischer Stämme). Diskurs als Palaver? Solidarität hätte auch bedeutet, daß man für andere Gruppen das Wort ergreift, wenn man es für richtig hält. Aber das hätte be-

deuten können, da das Gesamtspziel vorgegeben war, nachher selbst der Dumme zu sein. So gab es vermutlich in der Regel nur bilaterale Gespräche zwischen Mitgliedern der „Streichkommission“ und jeweils einer Gruppe. Nur die Studenten haben m.W. darauf hingewiesen, daß es wichtig wäre, das Rechenzentrum hin zu einem Dienstleistungsbetrieb zu entwickeln, also einer Option für die Zukunft, und die reine Dezentralisierung nicht der optimale Umgang mit Ressourcen darstellt. Das möchte ich mit einem Beispiel aus der Bibliothek erläutern. Bibliotheken, die mit ihrem Angebot und der Pflege eines umfassenden CD-ROM-Netzes weiter sind als die Bibliothek der Universität Konstanz, haben massive Unterstützung durch ihr Rechenzentrum erfahren. So setzt die Universität Freiburg zwei Personalstellen des Rechenzentrums und eine Stelle der Bibliothek für Pflege, Beratung und Weiterentwicklung des Datenbankangebots ein. In Konstanz wird das Rechenzentrum um 43% seiner

Personalmittel gekürzt aber gleichzeitig wird auch die Bibliothek eine EDV-Stelle abgeben müssen. Das heißt: Kürzung zentral (beim Rechenzentrum) und zugleich dezentral bei der Bibliothek.

Daß zum Schluß der Senat ohne großes Palaver die Streichlasten absegnet hat, ist kein Gegenargument gegen die schlechte Streitkultur im Falle der Erarbeitung des Solidarpaktes, und zeigt allenfalls, wie die Entscheidungen außerhalb des zuständigen Gremiums fallen. So mag das auch unter die „Scherben“ fallen.

Zu den Scherben gehört auch der „Maulkorberlaß“ des Rektors, der in einem sehr frühen Stadium alle Meldungen an die Presse über ihn bzw. das Pressereferat verpflichtet (das ist durchaus legitim, ist es aber auch würdig?) Das wurde dann noch verschlimmert durch die Art des offiziellen Abschlußbericht im Uni-Info, der den Eindruck eines harmonischen, in die Zukunft weisenden Planungsprozesses suggeriert, was ich so nicht wahrgenommen habe.

Nochmals zur Bibliothek:

Drei Hauptargumente, warum die Bibliothek überproportional Stellen abgeben muß, wurden genannt:

1. Die Bibliothek ist, auch im nationalen und internationalen Vergleich, so gut, daß sie ruhig etwas schlechter werden kann.

Wenn man an verantwortlicher Stelle arbeitet, um beständig die Leistung zu verbessern und wenn man als Mitarbeiter genau an diesem Ziel konkret arbeitet und dann dieses Argument hört, verschlägt es einem die Sprache und in Ratlosigkeit fragt man sich, welche Seite eigentlich was nicht versteht. Da ist es auch kein Trost, wenn Minister Trotha das Konstanzer Bibliothekssystem als zukunftsweisend bezeichnet, wenn gleichzig genau

dieser Bibliothek die landesweit mit Abstand größte Sparquote auferlegt wird und damit notwendigerweise ein Teil ihrer Leistungsfähigkeit genommen wird (Akztent 6/97, S. 8-12. Trotha: „Die sehr gute Bibliothek in Konstanz ist ein Sonderfall, weil wir hier eine zentrale Bibliothek haben. Das ist das System der Zukunft. Leider ist das an den anderen Universitäten nicht so, dort haben wir eine Zentralbibliothek und Institutsbibliotheken und viele dieser Institutsbibliotheken werden leider weder genügend professionell noch genügend effizient gemanagt. Deswegen habe ich eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Bibliotheken veranlaßt, zuerst an drei Universitäten“).

Die Studenten haben es richtig erkannt, daß die Bibliothek im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht, den Schaden so gering wie möglich zu halten. Der Schaden wird in jedem Fall aber nicht ausbleiben - ein ganzer Topf voll Scherben.

2. Ein Argument von umwerfender Logik ist folgendes: Wo viel ist, kann man auch viel holen. Die Bibliothek hat jährlich etwa 9 Millionen Personalkosten. Das Rektorat etwa 12 Millionen und die Chemie etwa 7 Millionen. Die Streichlasten folgen aber nicht diesem scheinbar logischen Argument, denn während die Bibliothek 20 % hergeben muß, sind es beim Rektorat 12% und bei der Chemie unter 5%. Kriterien wären besser gewesen als Scheinlogik. Zugegebenermaßen sind die Streichbeschlüsse infolge der Stimmenverteilung von den Wissenschaftlern zu verantworten, aber niemand hat behauptet, daß der Solidarpakt eine wissenschaftliche Angelegenheit im Sinne reiner wissenschaftlicher Methodik sei. Bisher gab es keinen gravierenden Graben zwischen Wissenschaftlern und Dienstleistern und früher war der „Konstanzer Konsens“ einmal etwas, auf das man stolz war. Die

künftige Entwicklung der Globalhaushalte wird erweisen, ob die Universität die Kraft hat, durchdachte Planung zu betreiben oder nur die Macht. Sonst gehört die scheinbare Logik auch zu den Scherben und Gremienerfahrung wird herabgewürdigt zum Fingerhakeln, bei dem es darauf ankommt, den andern über den Tisch zu ziehen.

3. Schließlich wurde noch benannt, daß die Bibliothek ihre Aufbausituation abgeschlossen hat und insofern Stellen abgeben könne. Daß die Bibliothek neue Dienste ohne Personalzuwachs angeboten hat wie etwa die Eröffnung des Buchbereichs Naturwissenschaft oder der Mediothek, in der stark gestiegenen Fernleihe nie einen Rückstand hat, ihr EDV-System ständig weiterentwickelt hat u.a. zählt nicht. Wer ein bißchen Ahnung hat von Motivation, weiß, wie verherend eine Situation ist, in der es auf die eigene Leistung (des Einzelnen und der Institution) nicht mehr ankommt. Scherben!

Nun mag man sich ja fragen, warum ich das überhaupt schreibe, wo doch die Entscheidungen gefallen sind und nun zu tragen sind. Es geht mir darum, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß sich ein solches Verfahren nicht wiederholt. Nur wenn die Universität es schafft, insgesamt zur planerischen Solidarität zu finden, können die Ressourcen optimal genutzt werden und kann letztendlich die Bibliothek ihre Servicefunktion voll einbringen.

Ein Letztes: Wenn die Bibliothek nicht mehr in die Lage versetzt wird, innovativ - auch innerhalb der deutschen Bibliothekslandschaft - gestalterisch tätig zu werden, wird sie sich, ob sie will oder nicht, zu einer mittelmäßigen Provinzbücherei zurückentwickeln, - ein Scherbenhaufen, der dann zu teuer ist. Das wollen wir nicht!